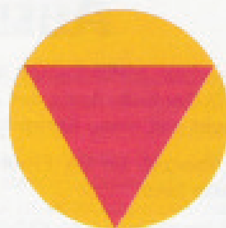
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/95

Der Nazi-Pogrom am 9. und 10. November 1938 gegen unsere jüdischen Mitbürger

Rassenwahn-Antisemitismus u.a. waren Grundprinzipien des NS-Systems. Sie waren Folgen der deutschen Geschichte, die mit dem Sturz der Weimarer Republik am 30. Januar 1933 durch die herrschenden Kräfte die Machtübergabe an den deutschen Faschismus einleitete. Damit begann der offene Terror gegen die demokratischen Parteien und Bürger, wurden die KZ errichtet, Morde an Menschen im Widerstand und Andersdenkende verübt.

Der Rassismus-Antisemitismus wurde Waffe gegen das deutsche Judentum. Am 9. November 1938 wurden die jüdischen Insassen des Altersheims in Gröpelingen von SA und Polizei durch die Straßen zum Zuchthaus Oslebshausen getrieben. Seinerzeit war ich dort politischer Häftling und wurde Zeuge der Schandtaten, die sich auf dem Hof ereigneten. Für jene, die sehend geblieben waren, waren die Reichs-Pogrome der Anfang der mörderischen Massen-"Endlösung". In der Nacht vom 10. zum 11. November wurden allein in Bremen fünf Morde an unseren Bürgern begangen. Später hat von den verschleppten Juden kaum einer überlebt. Sie wurden nach Minsk/Belorußland „übersiedelt" und dort ermordet.

Nach den Unterlagen von Nazi-Kube/Generalkommissar, wurden innerhalb einer Gruppe von 7.000 Opfern am 18./19. November 1941 500 Bremer Juden nach Minsk/Trostenez zur größten Menschenvernichtungsfabrik abtransportiert. Damit konnte die Bremer Nazifführung vermelden: Bremen ist Judenfrei!

Über Auschwitz ist weltweit vieles bekannt, es gibt Museen und Gedenkstätten, doch nicht in Deutschland! Noch weniger wurde die Öffentlichkeit über die Millionen ermordeter russischer Juden, Zivilisten, Frauen und Kinder informiert.

Im Verlauf des deutschen Vernichtungskrieges gegen die UdSSR wurden von der deutschen Wehrmacht, den Polizei- und Gendarmerieverbänden in Belorußland/Minsk und Hunderter anderer Ghettos Verbrechen an Zivilisten begangen, die der Aufklärung bedürfen.

Erst danach können, auch im Sinne unserer jüdischen Opfer, mittels materieller Sühneleistungen und Bekennung begangener Verbrechen, Wege zum gegenseitigen Verständnis begangen werden.

Die vordringlichste Aufgabe aller mit der Verständigung befaßten Organisationen und Verbände sollten Reisen zu den russischen Gedenkstätten sein. Eins der bedeutensten Mahnmale gegen Kriege überhaupt ist das „Museum des Großen Vaterländischen Krieges" in Minsk/Belorußland

Georg Gumpert

Es schien alles rechtsstaatlich

Am 15. September 1935 beschloß der teutsche Reichstag die Rassengesetze. Am 21. September 1995 – also 60 Jahre danach – wurde im Amt für politische Bildung daran erinnert. Dazu hatte die „Deutsch-Israelische Gesellschaft"(DIG) eingeladen. Dazu hieß es in der Einladung: „An diesen schwarzen und verhängnisvollen Tag in der deutschen Rechtsgeschichte wollen wir erinnern mit einem Vortrag von Dr. Hans Wrobel, Jurist beim Senator für Justiz und Verfassung der Hansestadt Bremen."

Der Referent hat das Rassegesetz und die 12 Ergänzungsgesetze ausführlich erläutert, mit denen sich das Naziregime den Schein eines Rechtsstaates gegeben hat. Obwohl diese Gesetze allesamt menschenverachtend, menschenvernichtend waren, gaben sie den Helfern das Bewußtsein, rechtens zu handeln. Allerdings nur theoretisch, in der Praxis handelten die Eichmänner und Strippels aus einem anerzogenen Haß.

Ich habe in meinem Beitrag darauf hingewiesen, die zentrale Losung der Naziclique lautete: Schlagt den jüdischen Bol-

Fortsetzung Seite 2

Reichspogromnacht

Am 7. November 1995, um 19 Uhr findet im Rosenak-Saal der israelitischen Gemeinde, Schwachhauser Heerstraße ein Vortrag von Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Professor an der Gerhard-Marcator-Universität in Duisburg, statt:

Gefährliche Erbschaft. Auf dem Wege zur Normalisierung von Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland

In den letzten Jahren ist eher ein schleichender Rassismus und ein neuer Antisemitismus sichtbar geworden, der in den 80er und 90er Jahren zu teilweise pogromähnlichen Eskalationen gegen Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft, anderer Sitten und Gebräuche und anderer Religionen geführt hat. Prof. Jäger vertritt die These, daß Denken und Sprechen über Andere schädlich für Betroffene wie die Sprechenden selbst ist. Solches Denken und Sprechen trägt zur Stärkung von Vorurteilen bei, denen unter bestimmten Bedingungen Taten folgen können. Zum anderen bedeutet es einen Abbau demokratischer Strukturen für jeden und alle.

Willy Hundertmark

Ausstellungseröffnung im Westend

In kurzen, einfühlsamen Worten eröffnete Hartmut Emig am 2. Oktober die Ausstellung zum Thema Neofaschismus in der BRD. Der Kulturkreis des Zentrums habe sich sehr dafür begeistert, da die gewerkschaftliche Ebene, die hinter dem Projekt steckt, auf einen Kernpunkt des Selbstverständnisses von WESTEND trifft.

Er übergab an Dr. Ernst Uhl, der die Worte fand:

„Ich begrüße es sehr, daß die Ausstellung „Neofaschismus in der BRD" hier in Bremen gezeigt werden kann. Es klingt leicht etwas herablassend, wenn gesagt wird: die Jugend vor allem sollte Adressat einer solchen Ausstellung sein. Als ob nur die Jugend zu lernen hätte! Als ob nur junge Leute sich in Sachen Politik ein kritisches und selbständiges Urteilsvermögen bilden sollten! Die Erfahrung lehrt, daß alle Alters- und Bevölkerungsschichten, gerade was die Gefahr des Neofaschismus betrifft, Lern- und Informationsbedarf haben. Dennoch ist kein Zweifel, daß Jugendliche hier am meisten betroffen sind. Einmal weil sie jung sind – weil in Jugendjahren möglicherweise Grund und Richtung für eine demokratische politische Überzeugung gelegt werden. Zum anderen drohen Jugendliche in hohem Maße die Verlierer in der BRD zu werden. Eine

SPARPOLITIK AN DER VERKEHRTEN STELLE,

ein verstärkter Druck von Seiten derer, die die ökonomischen Machtmittel in Händen haben, trifft vor allem diejenigen, die sich eine Zukunft aufbauen wollen und immer weniger Spielraum und Gelegenheit dazu haben; dies führt junge Menschen allzuleicht in Verunsicherung und Perspektivlosigkeit. Die Resignation oder auch die Wut, die daraus folgt, ist politisch kaum kalkulierbar, um so mehr aber manipulierbar. Hier sehe ich mit das Verdienst der Ausstellung, den Anfängen zu wehren – oder muß man sagen: dem schon rollenden Rad in die Speichen zu greifen?!

Was weiterhin an der Ausstellung besticht, ist die Deutlichkeit der Sprache und die Klarheit der Analyse. Der Ausdruck „Neofaschismus", zu dem Sie sich ausdrücklich bekennen, erinnert zwar an DDR-Jargon; ich kenne das Wort als Kampf-Vokabel zur Stigmatisierung des Klassenfeindes – danach war auch Adenauer Neofaschist. Doch ich denke, angesichts mancher verharmlosenden Vokabel ist „Neofaschismus" politisch wie historisch und sicher auch pädagogisch die angemessene Bezeichnung. Jeder weiß und soll wissen, woran er ist.

DASSELBE GILT

für den bei manchen immer noch umstrittenen Gegenbegriff „Antifaschismus. Wenige trauen sich das Wort zu benutzen, weil es schnell und leicht als DDR-Propaganda-Formel abgetan werden kann. Nun gibt es ja zweifellos Beispiele von staatlicherseits befohlener Indoktrination in Sachen Antifaschismus – ich könnte Beispiele nennen. Beispiele von Jugendlichen in den neuen Ländern zeigen ja auch, wie solch indoktrinierter Antifaschismus zur toten Formel erstarren kann, jedenfalls rein gar nichts bewirkt oder gar ins Gegenteil umschlägt. Doch ich denke, das ist das Risiko jeder Erziehung, und es ist nicht unsere Sache, darüber zu richten. Unter dem Strich bleibt m.E., daß „Antifaschismus" das Erziehungsziel – auch das dieser Ausstellung – am klarsten beschreibt. Wir nennen uns ja

ZUM GLÜCK NOCH „BUND DER ANTIFASCHISTEN".

Nichts ist davon wegzunehmen. Zu bedauern sind die Kameraden in der Tschechischen Republik, die sich statt „Bund antifaschistischer Kämpfer", wie sie früher hießen, jetzt mit dem Allerweltsnamen „Kämpfer für die Freiheit" zufriedengeben müssen.

Auf der anderen Seite finde ich es gut, wenn „Antifaschismus" immer noch ein Reizwort bleibt. Ist das nicht ein Zeichen, daß die Sache weiter im Gespräch und in der politischen Auseinandersetzung ist?! Wolfgang Strauß, neofaschistischer Ideologe, hat gar vom angeblich notwendigen Kampf gegen den „klerikalen Mief der antifaschistischen Kirche" sprechen können. Ich denke, je mehr Ärger und Ablehnung das Wort Antifaschismus hervorruft, desto mehr ist das ein verräterischer Hinweis, daß an der Sache etwas dran ist. Für mich ist Antifaschismus ein ehrenwerter und notwendiger Kampfbegriff. Die Ausstellung illustriert das aufs deutlichste.

Schließlich legt die Ausstellung klar die Wurzeln oder mögliche Wurzeln von Neofaschismus offen. In einer Gesellschaft, wo Markt und Konsum den Ton angeben, werden auch Werte und Normen leicht zur austauschbaren Ware. Die geradezu chaotische Vielfalt von Angeboten,

DIE BELIEBIGKEIT DES MARKTES

– manche sprechen feierlich von der „Metaphysik des Marktes" – machen das Finden von Sinn und Orientierung zunehmend schwerer. „Risikogesellschaft" ist das viel berufene Stichwort. Im Katalog ist zutreffend darauf hingewiesen, daß eine solche Gesellschaft darauf angelegt ist, sich mit Hilfe der Ellenbogen durchzusetzen, und daß auch dies eine Disposition zum Neofaschismus beinhalten kann. Wenn Orientierung schwieriger geworden ist und politische Bildung wie auch Herzensbildung nicht mehr groß gefragt sind, ist leicht der Boden bereitet für einfache Lösungen, Schwarz-Weiß-Malerei, für dualistisches Freund-Feind-Denken, wie es der Neofaschismus bevorzugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles habt ihr in der Ausstellung zu dokumentieren versucht. Ihr habt versucht, dem Neofaschismus auf seine gefährliche Spur zu kommen – aus dem pädagogischen Antrieb heraus: Aufklärung tut not! Information tut not! Nur das kann die Grundlage für eigenständiges politisches Denken sein. Hand in Hand wird das Einüben in demokratische soziale und – ich stehe nicht an zu sagen: mitunter auch religiöse Verhaltensformen gehen. Hier ist die Aufgabe für Schulen,für Jugendgruppen, Verbände, Kirchen. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"! Diese antifaschistische Losung ist aktueller denn je. In diesem Sinne wünsche ich der Ausstellung viele und aufmerksame Besucher!

Ernst Uhl

Fortsetzung von Seite 1

schewismus. Ich habe erinnert, als am 1. April 1933 der erste Judenpogrom stattfand, wurde in Bremen das KZ Mißler eröffnet. Unter den hundert Häftlingen (in Mehrheit Kommunisten) war auch schon der SPD Reichstagsabgeordnete Alfred Faust. Für die Nazis waren Sozialdemokraten auch Bolschewisten oder Juden. Es wäre auch gut, nicht zu vergessen, daß Bundeskanzler Konrad Adenauer den Schöpfer und Kommentator Globke zu seinem persönlichen Staatssekretär berufen hat. Und: 1953 waren alle Staatssekretäre ehemalige belastete Nazis.

Ansonsten befaßten sich die Teilnehmer mit dem Phänomen der Rechtsstaatlichkeit, die die Rassengesetze darstellen sollte. Rechtsgläubigkeit ist nicht immer rechtens,

meint Willy

Sein Gewissen war rein. Er benutzte es nie.

St. J. Lee

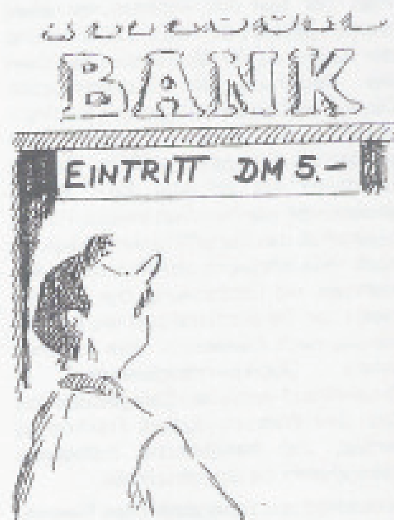
Ein Nachtrag zu 5 Jahre Einheit

Am 3. Oktober 1994 waren alle 3 Redner versucht, eine neue Identität der beiden Staaten zu finden (siehe BAF 11/94). Am 3. Oktober war in diesem Jahr in Düsseldorf von dieser Ernsthaftigkeit nichts mehr vorhanden. Diesmal war alles eitel Sonnenschein und 2 Prozent Unversöhnlichkeit. Und Frau Süßmuths Vorsehung, die deutsche Einheit sei die europäische Einheit. Einen Tag nach der diesjährigen Einheitsfeier wurde uns und aller Welt klar gemacht: Der Sockel der Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern ist wieder einmal höher geworden. Dazu haben wir nun in den neuen Bundesländern einen Sockel. Dieser doppelte Sockel ist das ergebnis der Politik des Helmut Kohl, der immer auf einem Sockel von – 2,2 Millionen Arbeitslosen „regiert" hat. Und nie gab es genug Ausbildungsplätze. Nur 1990/91 sank in den alten Bundesländern der Sockel unter 1,9 Millionen. Als der Sockel 1992/93 auf 2,5 Millionen wuchs, erkannte Helmut Kohl, die Krise komme aus dem Westen. Westen, d.h. freie Marktwirtschaft, d.h. ganz gewöhnlicher Kapitalismus.

Hier sei noch eine Entwicklung angesprochen: In der DDR wurden alle landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetriebe aufgelöst, es wurden wieder Einzelwirtschaften gebildet. Wie seit Jahr und Tag im freien Westen die einzelnen Betriebe der Bauern Pleite gemacht haben, erleben dies nun die neuen Bauern in der ehemaligen DDR. Nun wurde am Rande des Bauernkongresses kürzlich in Freiburg/B. ein interessantes „Modell" beraten. Man hätte, so wurde debattiert, die Bauern der Genossenschaften einfach zu Aktionären machen können, das hätte ein neuer Weg sein können, dem Bauernsterben ein Ende zu bereiten. Außerdem wäre es auch international ein Musterbeispiel für die freie Marktwirtschaft.

Weiter wurde bekannt, in der ehemaligen DDR wären neue wissenschaftliche Theorien entwickelt worden für eine neue Landwirtschaft. Diese Bücher wären im ersten Eifer leider verbrannt. Wie sagte schon Heinrich Heine: Wo Bücher verbrannt werden, verbrennt man auch Menschen. Damit dies nicht nochmal bei uns geschieht, werden viele Antifaschisten notwendig sein.

Willy Hundertmark



Bildung und Arbeit im JFH Walle

Vor einigen Jahren wurde das Jugendfreizeitheim (JFH) Walle geschlossen. Nicht nur dieses. Die Mitarbeiter wollten sich damit nicht abfinden. Sie nahmen mit der ebenfalls bedrohten Initiative: „Bremer Arbeitslosenselbsthilfe" (BRAS) Verbindung auf. Sie entwickelten Pläne, für die sie das Amt für Soziale Dienste Mitte/West und die Bremische Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung gewinnen konnten. So entstand im JFH Walle eine Tischlerwerkstatt und das Projekt „1806 Waller Dorf". Für das Projekt war am 29. September Grundsteinlegung.

Die Presse hat berichtet. Auch ich war eingeladen. Am Ort des Geschehens hatten die Mitarbeiter Tafeln aufgehängt, die die Entwicklung bis zum heutigen Akt dokumentierten. Dabei eine Bilddokumentation einer Fahrt zum Bunker „Valentin." Dazu wurde mir ein Bericht über die Fahrt und die Lehrtätigkeit übergeben. Die Darstellung der Lehrtätigkeit finde ich beispielhaft – auch für uns.

Hier ist der Bericht:

U-Bootbunker Farge – Monument nationalsozialistischen Wahnsinns

Antifaschist Willy Hundertmark unterwegs mit den BRAS-Projekten Huchting, Steindamm, GALA und Walle (* ein Beitrag von Susanne Luttmer)

„Was ich über Hitler gehört habe" – ein Buch, dessen Inhalt unter den Unterrichtenden in den 80er Jahren manchen Aufruhr ausgelöst hat, schien doch die mangelhafte Kenntnis der Schülerinnen und Schüler über den deutschen Faschismus Rückschlüsse zuzulassen auf den Geschichtsunterricht zum Thema.

Für die Pädagoginnen und Pädagogen unter uns, die im Unterricht zu den gleichen Erkenntnissen kamen wie der Kollege des o.g. Buches, gab es Gründe genug, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Projekte damit zu konfrontieren. Um Dokumente nationalsozialistischen Terrors in Bremen zu entdecken, muß man nicht weit fahren.

In Farge unterhält die Bundeswehr ein Depot im 1943 errichteten und zur damaligen Zeit größten Betonbauwerk aller Zeiten, dem Bunker. Erst seit vier Jahren erinnert ein Straßenschild daran, daß in diesem U-BOOTBUNKER durch Arbeit Menschenleben vernichtet wurde.

Zwei Jahre vor der Befreiung durch die Alliierten sollte der Welt deutlich gemacht werden, zu welcher Zerstörungskraft die deutschen Faschisten bereit waren. Produktionsziel waren 270 U-Boote pro Jahr, das ist fast täglich ein Zerstörer, der vom Bunker direkt in die Weser hätte abtauchen könne.

Kein U-Boot hat je die Produktionsstätte verlassen, dafür sind etwa 4000 Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen an den Bedingungen der 3-8 km entfernten Lager und der Bauarbeiten am Bunker „Valentin" gestorben.

Dank der engagierten Arbeit ehemaliger Häftlinge, deren Angehörigen und verschiedener antifaschistischer Arbeitskreise haben wir die Möglichkeit, uns erinnern zu lassen und uns vor Augen führen zu lassen, wozu Menschen fähig sind.

Frauen und Männer bzw. deren Überreste liegen auf einem Friedhof in Farge. Die meisten von ihnen waren nicht älter als 20 Jahre und sind nach der Befreiung an den Folgen von Unterernährung und Folter gestorben.

Eine Exkursion wie die am 2. Juni weckt die Hoffnung, daß der deutsche Faschismus nicht als Spektakel um den 8. Mai gesehen wird, sondern daß wir uns als Unterrichtende der BRAS gemeinsam mit anderen Projekten anstrengen, Faschismus und Krieg zu thematisieren. Viele historische Plätze in Bremen mahnen dies an.

Nachtrag: Am Ort des Geschehens berichtete mir ein Vater, seine Tochter habe für ihre Arbeit eine „1" bekommen, wofür sie von mir Material erhalten habe. Das war eine erfreuliche Mitteilung für

Willy

Der 23. Oktober vor 40 Jahren an der Saar

Vor 40 Jahren war die Saarbevölkerung aufgerufen, im Rahmen einer Volksbefragung über das „SAAR-Statut" abzustimmen. Der Text des Abstimmungszettels lautete: „Billigen Sie das mit Zustimmung der Regierung des Saarlandes zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik am 23. Oktober 1954 vereinbarte Europäische Statut für das Saarland?" Mit „Ja" oder „Nein" konnte geantwortet werden. Und welche Folgen beinhaltete das Statut? Frankreich betrieb nach 1945, entgegen dem Potsdamer Abkommen, die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland und die Eingliederung nach Frankreich. Vom französischen Oberkommandierenden in Deutschland wurde das Saargebiet in das Zoll- und Währungssystem Frankreichs verfügt, und französische Zollbeamte übernahmen die Grenzkontrolle.

Unterstützt von separatistischen Elementen an der Saar – u.a. dem saarländischen Innenminister Hector – wurde 1947 die „Autonomie" der Saar proklamiert. 1954 wurde in Verhandlungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten – Mendes France – und Bundeskanzler Adenauer erneut die Saarfrage behandelt. Mendes-France (Frankreich) war nur bereit, die Zustimmung zur Aufnahme der Bundeswehr in die NATO zu geben, wenn Kanzler Adenauer auf die Saar verzichtete. Und das tat Adenauer.

Die deutsche Wiederbewaffnung stieß nämlich in Frankreich auf starken Widerstand. Adenauer, der unter dem Eindruck der Stimmung nach dem 8. Mai 1945 ("Nie wieder Faschismus und Krieg") im März 1946 erklärte: Die wichtigste Aufgabe ist es jetzt, „den nationalsozialistischen und militaristischen Geist in Deutschland auszumerzen," sammelte genau die Kräfte um sich, als er zum ersten Kanzler der BRD gewählt war. So z.B. den Kommentator der Nürnberger Judengesetze, mit denen Hitler das jüdische Volk „ausmerzen" wollte.

Die Saarbevölkerung hatte aber mit großer Mehrheit „NEIN" zum Saarstatut gestimmt. Und das, obwohl Kanzler Adenauer noch wenige Tage vor der Abstimmung aufforderte, „Ja" zum Statut zu sagen. Ein klarer Beweis, daß er bereit war, die Saar zum Preis der Militarisierung der BRD zu verschachern. Das „NEIN" der Saarbevölkerung war für Adenauer eine starke Rüge. Für seine Nachfolger sollte es ein Denkzettel sein. Doch sie setzten die Politik der Militarisierung verstärkt fort. Die BRD steht heute vor Frankreich und England an zweiter Stelle im Welthandel mit Kriegsrüstungsgütern. Statt Brot liefern sie Waffen an die Hungernden in der Welt.

Alois

Solidarität ist unsere Stärke

Die Initiative Solidaritätsbasar informiert alle Bremerinnen und Bremer, daß der traditionelle Basar auch in diesem Jahre stattfindet. Die Eröffnung findet am Freitag, 1. Dezember 1995 um 20.00 Uhr im Gemeindehaus der St. Stefanigemeinde statt. Sie wird am 2. Dezember von 15 – 18 Uhr dort fortgesetzt. Der Reinerlös aus dem diesjährigen Basaraufkommen soll auch diesmal wieder für Hilfsprojekte in den Ländern Vietnam, Kambodscha, Chile, Nicaragua, Kuba, Südafrika und Namibia eingesetzt werden. Auf den bisherigen 29 Basaren kamen 926.912,89 DM zusammen.

Alida Klee, Helga Toppat,
Fredeke Drewes,
Ingeborg Kramer

Diäten = Tagesgelder

Was Diät ist, weiß jeder. Diäten müßte folgerichtig die Mehrzahl von Diät sein. In Wahrheit heißt diäten, nicht mehr und nicht weniger, Tagesgelder.

Tagesgelder bekamen die ersten Parlamentarier der Französischen Revolution. Tagesgelder für die Arbeit des Parlamentes, des Volkssouveräns. Tagesgelder im Gegensatz zu den fürstlichen Einnahmen der Könige und Kaiser sowie des ganzen Adels.

Wie wäre es, wenn die Parteien in Bonn die Verfassung im Sinne von Tagesgeldern ändern würden. Selbst wenn die Stundenlöhne denen von hochqualifizierten Ingenieuren gleichen würden, wären die Parlamente nicht nur billiger, sondern auch in der jetzigen Stärke zu erhalten. Vielleicht könnten Sie sogar noch erweitert werden, damit die Volksvertreter näher beim Volk wären. Und noch ein Vorteil wäre zu verzeichnen, wenn die Volksvertreter nicht mehr verdienten als das Volk: dann würden sie eher begreifen, wie weh es tut, wenn vom sowieso schon zu geringen Einkommen noch etwas abgezwackt wird.



Also nicht die Sitzungsgelder abschaffen, wie in der Bremischen Bürgerschaft, sondern die Festbeträge.

Wer bringt dies mal ins Parlament. Wir wollen dafür sorgen, daß der Vorschlag unters Volk kommt.

Willy

Den „Wirrwarr" durchschauen

Am 13. Oktober, 1 Minute nach 0.00 Uhr, trat auf Weisung des Präsidenten der Moslems von Bosnien, Izetbegovic, der Waffenstillstand in Kraft. Hatten wir nur geträumt, oder ist es wahr, daß der US-Präsident Clinton angeordnet hatte: am 10. bzw. am 11. Oktober um 0.00 Uhr ist Waffenstillstand. Alle jubelten, endlich wird die US-Administration aktiv. Aber der bosnische Präsident befahl: wann die Waffen ruhen, bestimme ich. Es sei noch kein Strom und kein Gas vorhanden, obwohl in aller Welt die brennenden Lampen zu sehen waren. Es gab auch Bilder von der Überprüfung der Gasventile, aber für Izetbegovic zählte dies alles nicht. Gleichzeitig marschierten die vereinigten kroatisch-moslemischen Kampfverbände gegen die serbische Hochburg. Die Stadt Banja-Luka wurde zur Hochburg, weil dort schon 176.000 serbische Flüchtlinge leben und weitere 40–000 sich der Stadt nähern. Die vereinigten Kroaten und Muslime setzten auch nach dem 13. Oktober ihre Kämpfe fort, aber unsere Medien berichteten immer noch von der angeblichen ethnischen Säuberung der Serben, obwohl Kroaten schon die ganze Krajna von Serben „gesäubert" haben. Und mit den Moslems zusammen sind die eroberten Städte und Landstriche „gesäubert" worden.

Zu diesem Tatbestand sind noch einige Bemerkungen notwendig: Izetbegovic konnte die Weisung von Clinton ohne Strafe unterlaufen, weil das Militärbündnis USA-Kroatien auch für die Koalition der bewaffneten Verbände gilt. Ich möchte nun gerne wissen, wie dieses Bündnis Ralf Fücks schmeckt. Als ich ihm am 1. 9. auf dem Bremer Marktplatz unser Flugblatt mit dem Titel „Bomben lösen keine Probleme" in die Hand drückte, meinte Ralf, das sei richtig. Den kurzen Dialog beendete Ralf mit einem Satz:

Die Kroaten sind schlimme Nationalisten, dann eilte er schnellen Schrittes davon. Für mich steht nun die Frage: sind die Tudjmans friedlich geworden, weil sie mit den Moslems ethnische Säuberungen vornehmen?

Auch auf diesen Hinweis möchte ich nicht verzichten: Herr Izetbegovic hat am 14. Oktober 1995 in Prag erklärt, die Großmächte hätten Bosnien und Kroatien genauso im Regen stehen lassen, wie die Tschechen 1939. Sicher, die Regierungen von England und Frankreich hatten mit Hitler und Mussolini die Teilung der CSR beschlossen. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien entbrannte doch erst, nachdem Deutschland gegen den Beschluß der EU Kroatien für einen selbständigen Staat erklärte. Da begannen kroatische Generäle sofort mit der ethnischen Säuberung. Für Morde in bosnischen Dörfern im Jahre 1992 steht mindestens ein kroatischer General unter Anklage des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag. So, das wären einige Fakten. Wenn die Großmächte nicht beginnen, ihre Verbündeten zur Ordnung zu rufen, dann wird der Friede noch lange auf sich warten lassen. Damit diese Prognose nicht wahr wird, müßten besonders unsere Medien die antiserbische Brille absetzen. Wie sagte Hans Koschnik: alle drei Gruppen wären schuld. Wenn aber alle Drei schuld sind, dann darf nicht die eine bombardiert und die anderen zwei – auch nicht moralisch – aufgerüstet werden.

Willy Hundertmark



Ein Szenarium von Hanne Hiob: Die unwürdigen Opfer

– Bericht von einem hundertjährigen Krieg

am 27. November 1995, um 20.30 Uhr im Jungen Theater (Friesenstraße 16)

Buch und Vorwort von RA Heinrich Hannover (zitiert nach RA Rolf Gössners Buch: die vergessenen Opfer der Justiz).

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Warum haben so wenige Nein gesagt?

Soeben erhielt ich einen Brief von einer Freundin, Anne Sizaire, die ein Buch geschrieben hat, das soeben erschienen ist: „Les Roses du Mal – Résistants allemands au nazisme"(Blumen im Bösen – deutscher Widerstand gegen den Nazismus). Sie erzählt alles, was sie über deutsche Widerstandsgruppen und Einzelgänger ausfindig machen konnte, also auch von dem berühmten Tischler Johann Georg Elser, der am 9. Nov. 1940 den Hofbräukeller mit Hitler in die Luft sprengen wollte. Wenn dieser einfache Tischler und Fabrikarbeiter die Überzeugung hatte, daß man unbedingt im November 1940 diesem Hitler das Handwerk legen müßte, dann kann man sich einfach nicht vorstellen, daß so wenige andere die gleiche Überzeugung zu der Zeit gewonnen hatten. Aber trotz Stalingrad und Dresden ging es hemmungslos weiter. Aus Pflichtgefühl? Aus Vaterlandsliebe? Aus Gehorsam? Gott mit uns?

Diese Frage müßte eigentlich eine der wichtigsten Fragen sein, die auf Antworten wartet. Warum haben so wenige „Nein" gesagt?

Francois de Beaulieu 5.7.95

Geburtstage im November

Marta Lehmann	3.11.,	92 J.
Hans-Günter Sanders	6.11.,	49 J.
Alma Müller	17.11.,	80 J.
Elisabeth Sittig	19.11.,	68 J.
Ella Schneider	21.11.,	87 J.
Marga Neste	28.11.,	84 J.
Sigrid Müller	29.11.,	51 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Unbegleitete Jugendliche

Es geht um die Lage unbegleiteter Jugendlicher aus der 3.Welt, besonders um junge Afrikaner, die auf Schiffen leben. Materiell ist es kein Thema, ob man „15" ist, „16", „17" oder „18". Konkret heißt es aber, diskriminiert zu werden. Das fängt an mit Röntgenaufnahmen. Was kaum jemand ernst nehmen kann, ist die Tatsache, daß das Geburtsjahr in Afrika (wie übrigens auch in Kurdistan) oft erst später eingesetzt wird, wenn der Erziehungsberechtigte in der Kreisstadt ist. Sind sie damit kriminell? Mit solchen Pauschalmaßnahmen wie Röntgenaufnahmen wird in jedem Fall die Ablehnung in der Bevölkerung verstärkt. Es folgen ganz andere Diskriminierungsformen, angefangen von der Matratze für Erwachsene, keine Unterschiede beim Essen usw. Es gibt nichts an Hilfen im Falle von Depressionen.

Raimund

Zwei Zeitungskommentare

In Los Angeles wurde am 3. Oktober nach einem 9 monatigen Prozeß O.J.Simpson freigesprochen. Was ein guter Teil des Blätterwaldes lang und schlapp berichtete, war eine Wertung seiner (von wem auch immer) ermordeten Frau als „weiße Schönheit". Ausschlag für den Freispruch mag der Auftritt des rassistischen Polizisten Fuhrman gewesen sein. Kein Wort von sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung, erhöhter Arbeitslosigkeit und fünffacher Säuglingssterblichkeit bei schwarzen Amerikanern.

Raimund

Völlig unklar ist in Frankreich, wieso im Zusammenhang mit Anschlägen auf Hochgeschwindigkeitszüge die französische Elitetruppe EPIGN den 24jährigen Khaled Kelkal erschossen hat. Auf einem wenige Sekunden langen Direktmaterial von M6, einer Privatfernsehanstalt, soll „mach ihn alle!" zu hören gewesen sein, gefolgt von „okay, in Ordnung!" Völlig offen bleibt die Frage, wer hinter den Anschlägen in Frankreich steht.

Raimund

Vormerken

Am 2. Dezember wird unsere alljährliche Feierstunde zum Ende des Jahres 1995 in der Begegnungsstätte Haferkamp stattfinden.

Und eine Mitteilung

Zum baldigen Ende dieses Jahres möchten wir nicht versäumen, unseren Spendern ein herzliches Dankeschön zuzurufen.

Gleichzeitig möchten wir uns auch bei allen Kameradinnen und Kameraden bedanken, die mit ihrer pünktlichen Zahlung der Beiträge das Leben unseres Verbandes erst möglich machen.

Die paar Säumigen möchten wir hiermit bitten, denkt daran, das Jahr 1995 geht bald zu Ende, da sind wir doch alle daran interessiert, daß die Bilanz am Ende stimmt.

Die Kasse

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

regelmäßig Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Termine

Nach langem Hin und Her wurden endlich die Brandstifter von Solingen mit den Höchststrafen verurteilt.

Am **10. November** wird im Rathaus einiges von der Sprache zu hören sein, die zu solchen Morden führen.

Der Landesvorstand

Mittwoch, 15. November, 15.00 Uhr

Diskussionsveranstaltung zur Lebenssituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Bremen,

Kultursaal der Angestelltenkammer, Bürgerstraße 1

Veranstalter: terre des hommes, Richter und Staatsanwälte in der ÖTV, Menschen gegen Rechts u.a.